

L1NEU Gegen Nazis Hand in Hand - Antifa und Widerstand

Gremium: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Sachsen-Anhalt
Beschlussdatum: 29.02.2024
Tagesordnungspunkt: 3.1 Leitantrag

Antragstext

1 Zwischen Rechtsruck und "Remigration"

2 Die Umfragewerte für rechtsextreme Parteien wie die AfD steigen unaufhörlich an,
3 während rechte Ideologien nicht mehr nur am Rande, sondern in der Mitte unserer
4 Gesellschaft salonfähig werden. Diese verheerende Entwicklung ist nicht nur eine
5 politische Tendenz, sondern eine gesamtgesellschaftliche Welle, die die
6 Grundpfeiler unserer freiheitlich demokratischen Ordnung bedroht.

7 Inmitten dieser Entwicklung trafen sich in Potsdam Vertreter*innen
8 rechtsextremistischer Gruppierungen, wie der AfD, Industriellen und Mitgliedern
9 der Werte Union. Unter ihnen war auch der Fraktionsvorsitzende der AfD Sachsen-
10 Anhalt, Ulrich Siegmund. Gemeinsam sprachen sie unter dem Begriff der
11 "Remigration" über die millionenfachen Deportationen aus Deutschland.

12 Diese extremistischen Ansichten verdeutlichen die Tragweite des
13 gesellschaftlichen Rechtsrucks und zeigen ganz klar, dass die Bedrohung durch
14 rechte Ideologien nicht länger nur eine politische Frage, sondern auch eine
15 existenzielle Herausforderung ist, der wir mit aller Entschlossenheit und
16 Einigkeit entgetreten müssen, um unsere freie Gesellschaft zu bewahren.

17 Hand in Hand für Antifaschismus

18 Die gesellschaftliche Ablehnung des zunehmenden Rechtsrucks findet ihren Ausdruck
19 in den beeindruckend großen und gut besuchten Demos gegen Rechts. Diese
20 Demonstrationen sind nicht nur ein Zeichen des Protests, sondern auch ein
21 eindrücklicher Beweis dafür, dass in der Zivilgesellschaft der Rechtsextremismus
22 als die existenzielle Gefahr angesehen wird, die er ist. Millionen von Menschen
23 aus allen Gesellschaftsschichten und Altersgruppen vereinen sich, um gemeinsam
24 gegen Hass, Ausgrenzung und rechte Ideologien zu kämpfen. Ihre Präsenz auf den
25 Straßen ist ein starkes Signal der Solidarität und des Widerstands gegen
26 diejenigen, die unsere Demokratie und unsere Werte bedrohen.

27 Die breite Mobilisierung und die vielfältige Beteiligung zeigen, dass die
28 Menschen bereit sind, aktiv gegen rechte Ideologien einzutreten und sich für
29 eine Gesellschaft ohne Hass und Ausgrenzung einzusetzen. Die Demos gegen Rechts
30 sind nicht nur eine Reaktion auf aktuelle Ereignisse, sondern auch ein Ausdruck
31 des tief verwurzelten Bedürfnisses nach sozialer Gerechtigkeit und Solidarität.
32 Sie sind ein Beweis dafür, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Rolle
33 bei der Bekämpfung von Rechtsruck und rechtsextremen Tendenzen spielt.

34 Es wird zunehmend erkannt, dass die rechte Ausgrenzung nicht nur
35 Asylbewerber*innen betrifft, sondern alle, die nicht in das völkische Bild der
36 AfD passen oder sich nicht dem rechten Gedankengut beugen wollen. Diese
37 Ausgrenzung erstreckt sich über alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens und
38 bedroht die Grundpfeiler unserer Demokratie. Daher ist es von entscheidender
39 Bedeutung, dass wir uns als Zivilgesellschaft geschlossen gegen diese
40 Entwicklung stellen und deutlich machen, dass wir für eine offene,

41 pluralistische Gesellschaft eintreten, in der jeder Mensch gleiche Rechte und
42 Würde hat.

43 Antifaschismus und seine Wurzeln

44 Das antifaschistische Engagement erfordert eine aktive Auseinandersetzung mit
45 rechter Einflussnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen. Dabei stehen die
46 Ziele und Grundsätze des Antifaschismus im Mittelpunkt: die Verteidigung der
47 Demokratie und Menschenrechte sowie der Einsatz für eine offene, vielfältige
48 Gesellschaft ohne Diskriminierung und Ausgrenzung. Solidarität und Empathie
49 spielen eine entscheidende Rolle, indem Opfer rechter Gewalt und Diskriminierung
50 unterstützt werden und sich für eine solidarische Gesellschaft eingesetzt wird.

51 In diesem Kontext ist es unerlässlich, den Antikapitalismus als Teil des
52 Antifaschismus zu verstehen. Der westliche Kapitalismus verstärkt die soziale
53 und materielle Ungleichheit, wobei migrantisierte Menschen auf besondere Weise
54 betroffen sind. Deshalb sind die Bekämpfung von Rechtsruck und Ungerechtigkeit
55 untrennbar. Nur durch eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaftsstrukturen
56 können wir langfristig gegen Ausgrenzung und Diskriminierung vorgehen und eine
57 gerechtere Welt für alle schaffen. Es ist an der Zeit, dass wir uns gemeinsam
58 für eine Gesellschaft einsetzen, die auf Solidarität, Gleichheit und
59 Menschlichkeit basiert, und uns entschlossen gegen jede Form von Unterdrückung
60 und Ausbeutung stellen.

61 Die Rolle der Politik im Kampf gegen den Faschismus

62 Nicht nur aus der Zivilgesellschaft oder den unzähligen Demonstrationen, die in
63 den Städten und Dörfern überall in Deutschland stattfinden, werden die Rufe nach
64 der Verteidigung unserer Demokratie und dem Kampf gegen den Faschismus laut.
65 Auch aus allen demokratischen Parteien in Deutschland hört man Bekenntnisse für
66 eine demokratische Gesellschaft und eine klare Kante gegen den Faschismus. Diese
67 sind in der Regel mit der Forderung verbunden, dass jetzt alle demokratischen
68 Kräfte gemeinsam an einem Strang ziehen müssen, um dem anwachsenden
69 Rechtsextremismus in diesem Land standhalten zu können.

70 Durch dieses Bekenntnis für die Demokratie und gegen faschistische Kräfte in
71 Deutschland verzeichnen vor allem die vermeintlich linken Parteien einen
72 signifikanten Mitgliederzuwachs. Die Grünen konnten beispielsweise im Januar
73 2024 mehr als 4500 Neumitglieder verzeichnen, so viele wie selten zuvor. Aus
74 dieser Bewegung müssen jetzt jedoch auch Taten folgen.

75 Antifa heißt Wohlfahrtsstaat

76 Richtig ist, dass der Kampf gegen den massiven Rechtsextremismus in der
77 Gesellschaft und die Zustimmungswerte zu rechtsextremen Parteien wie der AfD den
78 Zusammenhalt aller demokratischen Kräfte benötigt. Richtig ist aber auch, dass
79 die Politik sich ihrer herausgestellten Rolle in dieser Situation bewusst sein
80 muss. Denn die Wahlerfolge und Stärke rechtsextremer Gruppierungen und Parteien
81 wie der AfD ist nicht rein zufällig geschehen. Der Nährboden rechtsextremer
82 Politik liegt nämlich zum Teil auch in der Unzufriedenheit der Gesellschaft. Die
83 multiplen Krisen der letzten Jahre, sei es die Inflation, Kriege, die mit großen
84 Flüchtlingsbewegungen einher gingen oder die Energiekrise, haben ungemein zum
85 Erstarken der AfD beigetragen. Denn die AfD liefert einfache Scheinlösungen auf
86 die schweren und komplizierten Krisen und Fragen unserer Zeit. Dass diese
87 Antworten nicht nur grundlegend falsch, sondern auch eine reelle Gefahr für uns

88 alle darstellen, scheint keine besondere Rolle für deren Sympathisant*innen zu
89 spielen.

90 Die Politik der letzten Jahre hat es an vielen Stellen versäumt, auf die Sorgen
91 der Menschen und die multiplen Krisen in diesem Land sozialgerechte Antworten zu
92 liefern. Statt einer sozialen Politik wurden in weiten Teilen der
93 Parteienlandschaft die rechten Narrative der AfD unverändert oder in
94 abgeschwächter Form übernommen. Dadurch rückte der politische Diskurs in
95 Deutschland immer weiter nach rechts. Das stärkt am Ende nur die AfD selbst.

96 Gegen rechtsextreme Politik hat es und wird es auch nie helfen, wenn die anderen
97 politischen Kräfte auch mit ihrem Diskurs und ihren Positionen weiter nach
98 rechts rücken. Uns allen sollte klar sein, dass gegen eine rechtsextreme Politik
99 nur eine linke und soziale Politik für die Menschen hilft. Die etablierten
100 Parteien tragen somit eine Mitschuld am Erstarken der AfD und deshalb ist es
101 jetzt essenziell, dass man hier gegensteuert.

102 Der Ausspruch „Antifa heißt Wohlfahrtsstaat“ darf nicht länger nur eine lose
103 Floskel sein, sondern muss zu einem starken Bekenntnis für eine Politik werden,
104 die die Menschen endlich wieder in den Mittelpunkt ihres Schaffens setzt.

105 Deshalb fordern wir:

106 Antifa heißt Wohlfahrtsstaat!

107 Gerade in Zeiten von Krisen ist es wichtig, die Grundbedürfnisse aller Menschen
108 abzusichern und die Möglichkeit auf soziale Teilhabe zu garantieren! Es braucht
109 höhere Löhne, mehr Geld für Kinder- und Jugendhilfe geben, elternunabhängiges
110 BAföG und eine Anhebung der Kindergrundsicherung. Außerdem fordern wir
111 bezahlbaren Wohnraum, denn es geht Menschen nur gut, wenn sie ein sicheres Dach
112 über dem Kopf haben und sich den nächsten Wocheneinkauf leisten können!

113 Frühzeitige Aufklärung und Bildungsarbeit

114 Rechtsextreme Ideologien sind eine Gefahr für unsere Demokratie. Insbesondere,
115 wenn sie einfach ungefiltert in den Sozialen Medien, wie auf TikTok oder
116 Instagram landen. Wir setzen uns für Aufklärung und Einordnung von
117 rechtsextremen Ideologien ein, sodass sich alle über die Gefahren dieser Inhalte
118 klar werden können. Diese Aufklärung muss sowohl in Bildungseinrichtungen als
119 auch in der Öffentlichkeit stattfinden.

120 Solidarität mit Betroffenen!

121 Rechtsextreme Ideologien stellen für uns alle eine Gefahr dar. Bestimmte
122 Menschengruppen sind durch die aktuelle Bedrohung durch AfD und co. aber in
123 besonderem Maße getroffen. Wir müssen insbesondere marginalisierte und von Hass
124 betroffene Gruppen vor rechter Gewalt schützen und empoweren, damit sie ihre
125 Stimme nutzen können. Hierfür muss unser Verband ein sicherer Anlaufpunkt für
126 genau diese Menschen werden, ihnen solidarisch zur Seite stehen und ihnen
127 ermöglichen, sich zusammenzutun und Banden zu bilden.

128 Zivilgesellschaftliches Engagement stärken!

129 Auch die Zivilgesellschaft darf nicht außen vor gelassen werden. Besonders die
130 „Proteste gegen Rechts“ zeigen was für eine starke und laute Botschaft eine
131 aufgeweckte Zivilgesellschaft aufzeigen kann. Wir wollen diese Proteste und

132 Demonstrationen fördern, indem wir dort ebenfalls Gesicht und Solidarität
133 zeigen. Es ist gerade jetzt wichtig, dass diese zivilgesellschaftlichen
134 Initiativen gegen Rechts nicht an Motivation und Kraft verlieren. Gleichzeitig
135 muss
136 auch hier – besonders bei Protesten, die von den Regierungsparteien
137 mitorganisiert werden – ein deutliches Zeichen gegen die Sparmaßnahmen der Ampel
138 und für eine echte Sozialpolitik gesetzt werden. Außerdem verurteilen wir
139 jegliche rassistische Verwertungslogik, wie sie auch auf den aktuellen Demos zu
140 sehen ist.

141 Abgrenzung von Rechts auf allen politischen Ebenen!

142 Wir dürfen nicht hinnehmen, dass die Grenze nach rechts in der Politik immer
143 wieder überschritten wird! Durch dieses Verhalten werden rechte Gedanken und
144 Ideen immer weiter in die gesellschaftliche Mitte getragen. Aus diesem Grund
145 fordern wir sowohl inhaltliche als auch personelle Abgrenzungen von jeglichen
146 rechten Parteien, Organisationen und Institutionen in der Politik, nicht nur auf
147 Bundes-, sondern auch auf Landes- und Kommunalebene.